

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Wir müssen die Grundlagen für die Kultur erhalten

YouTube-Urteil geht in die richtige Richtung



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“ Der Satz aus der Heiligen Schrift will uns zuerst sagen, dass wir Kraft aus dem Wort Gottes schöpfen können. Doch der Vers aus dem Matthäus-Evangelium besitzt mittlerweile noch eine weitergehende Bedeutung: Der menschliche Geist sehnt sich nicht nur nach dem Materiellen. So finden die Menschen Erfüllung in Musik, Kunst und Literatur. Die Künstler sind es, die uns das „Brot für den Kopf“ liefern.

Kultur ist für eine Gesellschaft wichtig. Darum fördert der Staat sie. In den vergangenen Jahren hat die christlich-liberale Koalition die Unterstützung sogar noch leicht steigern können. Vielleicht noch wichtiger als die Subventionierung ist jedoch im Zeitalter des Internets etwas anderes. Wir müssen die Grundlagen dafür erhalten, dass ein Künstler von seiner Arbeit überhaupt leben kann.

Diese Grundlage ist vor allem das Urheberrecht. Ich kann die Künstler nur allzu gut verstehen, die in den vergangenen Wochen vehement den Schutz ihres geistigen Eigentums auch für die Verbreitung im Internet gefordert haben. Eine reine Gratiskultur kann es im Internet nicht geben. Jeder Musiktitel, jedes Gedicht, jedes Bild ist ein Werk, das Respekt verdient.

„Keine reine Gratiskultur“

Dieser Respekt beinhaltet, dass ein Künstler grundsätzlich voll über das verfügen können muss, was er geschaffen hat. Derjenige, der ein Werk nutzen will, muss ihm im Zweifel dafür etwas zahlen.

Das Internet ist auf der anderen Seite aber natürlich ein Medium, das wie kein anderes die Popularität von Künstlern fördern kann. Lieder werden heute allein dadurch bekannt, dass sie im Internetportal YouTube eingestellt werden. Das Internet ist Teil der heutigen Kultur.

Wenn es um die konkrete Ausgestaltung des Schutzes von Werken geht, muss daher abgewogen werden – zwischen dem Schutz des geistigen Eigentums und der Freiheit des Internets. Das YouTube-Urteil des Hamburger Landgerichts aus der vergangenen Woche geht hier in die richtige Richtung. Das Internetportal muss zwar von sich aus nicht alle Inhalte auf Urheberrechtsverletzungen prüfen. Es muss aber beanstandete Videos schnell aus dem Angebot nehmen – und auch dafür sorgen, dass sie nicht wieder eingestellt werden.

Volker Kauder

Inhalt

Wir müssen die Grundlagen für die Kultur erhalten	1
Gut gerüstet in die Zukunft	2
Mehr Hilfe für Demenzkranke	3
Hürden für ausländische Fachkräfte werden gesenkt	4
Jugendkriminalität besser bekämpfen	5
Nachtragshaushalt für dauerhaften Rettungsschirm	6
Bekämpfung der Piraterie auch auf somalischem Küstenstreifen	6
Fortbestand des Klosters Mor Gabriel sichern	7
Kardinal-Höfner-Kreis in Jerusalem und Bethlehem	7
„Spanien ist Partner für eine Stabilitätskultur in Europa“	8
Rohstoffpolitik – „interessengeleitet und wertegebunden“	9
Der deutsche Rechtsstaat muss genauer hinsehen	10
Letzte Seite	11

Impressum

Herausgeber
 Peter Altmaier MdB
 Stefan Müller MdB
 CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
 Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

Telefon (030) 227 53015
 Telefax (030) 227 56660
 pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Gut gerüstet in die Zukunft

Mit Ideen den demografischen Wandel meistern



Gerda Hasselfeldt
 Erste Stellvertretende Vorsitzende

Die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland wird sich in den nächsten Jahrzehnten entscheidend verändern: Im Jahr 2060 wird bereits jeder Dritte mindestens 65 Jahre alt sein. Im Jahr 2060 werden doppelt so viele 70-jährige leben, wie Kinder geboren werden. Weil in Zukunft immer mehr älteren Menschen immer weniger Junge zur Seite stehen und die Bevölkerung schrumpft, stehen wir in fast allen Politikbereichen vor enormen Herausforderungen. Dabei gilt: Schon jetzt müssen wir die Weichen für die Gesellschaft von morgen stellen und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen als Leitlinie durchsetzen. Ältere Menschen mit ihrem Reichtum an Erfahrung und Wissen sind für unsere Gesellschaft ein Schatz, der in den Zeiten des Jugendwahns viel zu wenig gewürdigt wurde. Diese Zeiten sind vorbei. Es gilt den Schatz zu heben.

Ob uns die Bewältigung der demografischen Herausforderungen gelingt, wird sich unter anderem daran entscheiden, ob wir es schaffen, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Viele Menschen machen sich Sorgen, dass ihre Rente

im Alter nicht zum Leben ausreicht. Immer wieder ist in den Medien von drohender „Altersarmut“ die Rede. Die Position der Union dazu ist unverkennbar: Wer sein Leben lang Vollzeit gearbeitet hat, muss im Alter von seiner Rente leben können. Leistung muss sich lohnen. Das muss auch für Menschen gelten, die sich der Familienarbeit gewidmet haben. Deshalb soll die geplante Zuschussrente auch Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten berücksichtigen. Die Arbeit am Menschen und mit Menschen muss anerkannt und wertgeschätzt werden.

Konzepte für den ländlichen Raum

Vor ebenso großen Herausforderungen stehen wir in der Pflegepolitik. Auch hier gilt: Wir müssen heute handeln, damit Menschen aller Altersgruppen morgen auf feste soziale Strukturen vertrauen können. Bereits heute gibt es in Deutschland etwa 2,4 Millionen Pflegebedürftige. Bis zum Jahr 2050 wird sich diese Zahl nahezu verdoppeln. Zugleich wird die Zahl der Beitragszahler, die die Leistungen der Pflegeversicherung finanzieren müssen, sinken. Wir brauchen daher neue Konzepte, um auch für die Zukunft genügend Pflegeeinrichtungen und ausreichend Pflegekräfte bereitstellen zu können. Hier tun sich viele Felder auf, die zum Handeln herausfordern – besser heute als morgen.

Weitsichtige Planung und Offenheit für innovative Ideen sind gefragt. Wir brauchen dafür einen stärkeren Dialog untereinander und über die einzelnen Politikfelder hinweg. Schon jetzt ist viel in Bewegung; das gilt auch für den ländlichen Raum, der den demografischen Wandel besonders stark zu spüren bekommt. Für die Union ist klar: Auch in Zukunft können die Menschen in Deutschland auf eine Politik vertrauen, die gerecht, zukunftsorientiert und verlässlich alle Politikfelder gestaltet.

Mehr Hilfe für Demenzkranke

Bundestag debattiert in erster Lesung Reform der Pflege – Beitragssatz wird geringfügig angehoben

Demenzranke sollen zukünftig aus der Pflegeversicherung mehr Hilfen erhalten. Das ist ein wesentlicher Bestandteil des Pflege-Neuordnungsgesetzes, mit dem sich der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung befasste. Um die Maßnahmen im Umfang von 1,2 Milliarden Euro zu finanzieren, wird der Beitragssatz zum 1. Januar 2013 um 0,1 Beitragssatzpunkte angehoben. Derzeit zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen 1,95 Prozent des Einkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 3.825 Euro in die Pflegeversicherung, kinderlose Versicherte werden mit zusätzlich 0,25 Prozentpunkten belastet.

„Nicht jeder hat Kinder, aber jeder hat Eltern“

Pflege ist die große gesellschaftliche Debatte in unserem Land, hielt der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn, im Plenum fest: „Nicht jeder hat Kinder, aber jeder hat Eltern.“ Jeder müsse sich in der eigenen Familie deshalb mit diesem emotionalen Thema beschäftigen. Die Debatte sei weder in der Familie einfach, noch in der Gesellschaft. Spahn zollte pflegenden Familienangehörigen und professionellen Pflegekräften Respekt für den „harten Job“, den sie erledigten.

Etwa 500.000 Demenzkranke werden von dem neuen Gesetz profitieren, rechnete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johannes Singhammer vor. Das Gesetz enthält darüber hinaus ein Bündel an neuen Regelungen, mit denen pflegende Angehörige und deren Familien besser unterstützt werden. Den Pflegebedürftigen soll ein Leben in Würde ermöglicht werden.

Leistungen werden flexibilisiert

Pflegebedürftige sollen sich mit Angehörigen und Pflegediensten flexibler auf die Leistungen verständigen können, die sie wirklich benötigen. Hier können individuelle Vereinbarungen getroffen werden. Dazu werden Zeitkontingente eingeführt.

Die Situation für pflegende Angehörige wird dadurch verbessert, dass sie auch bei Inanspruchnahme von Leistungen der Kurzzeit- oder Verhinderungspflege das Pflegegeld zur Hälfte

II. Entscheidet sich der Pflegebedürftige für Pflegegeld, dann sind es 120 Euro in der Pflegestufe 0, 305 Euro in Pflegestufe I (bisher 235 Euro) und 525 Euro in Pflegestufe II (bisher 440 Euro).

Pflegebedürftigkeit wird neu definiert

Schon jetzt ist klar, dass der Begriff der Pflegebedürftigkeit neu definiert werden muss. Singhammer kündigte die Einrichtung eines Expertenbeira-



Mit der Reform wird die Situation der Pflegebedürftigen verbessert

© Alexander Rath - Fotolia.com

erhalten. Denn auch in diesen Zeiträumen haben Angehörige finanzielle Belastungen, die damit ausgeglichen werden sollen.

Personen mit „erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz“ in der Pflegestufe 0 erhalten 225 Euro pro Monat für Pflegesachleistungen. In den Pflegestufen I und II werden die Leistungen für Pflegebedürftige mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz erhöht: Statt 450 Euro sind das künftig 665 Euro an Sachleistungen in Pflegestufe I und 1.250 Euro statt 1.100 Euro in Pflegestufe

tes an, der unter dem Vorsitz des Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöllner, daran arbeiten wird. Der Beirat soll die inhaltlichen und technischen Fragen erörtern, die mit der Neudefinition zusammenhängen. An Stelle der heutigen primär verrichtungsbezogenen Beurteilung des Pflegebedürftigen soll stärker seine Selbstständigkeit in den Mittelpunkt gerückt werden. Dies kommt damit insbesondere Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz zugute.

Hürden für ausländische Fachkräfte werden gesenkt

Reinhard Grindel über die Blue Card und den „Paradigmenwechsel im Ausländerrecht“



Reinhard Grindel
Stellvertretender Vorsitzender der
Arbeitsgruppe Innen

Die Hürden für die Einstellung von Fachkräften aus dem Ausland werden gesenkt. Der Bundestag verabschiedete am Freitag einen Gesetzentwurf zur Einführung der sogenannten Blue Card. „Fraktion direkt“ sprach darüber mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Innen, Reinhard Grindel.

Die Verdienstgrenze für Fachkräfte aus dem Ausland, die nach Deutschland kommen, wird nun von 66.000 auf 44.800 Euro gesenkt. In Mangelberufen soll sie noch geringer ausfallen. Glauben Sie, dieser Anreiz ist stark genug, um fehlende Fachkräfte ins Land zu locken?

Grindel: Mit der Absenkung der Gehaltsgrenzen für den freien Zugang zum Arbeitsmarkt beseitigen wir bürokratische Hürden. Hinzu kommt die Perspektive für jede ausländische Fachkraft, nach drei Jahren Beschäftigung ein Daueraufenthaltsrecht in unserem Land erwerben zu können. Wer besonders gute Deutschkenntnisse nachweist, kann eine solche Ver-

festigung des Aufenthalts schon nach zwei Jahren erreichen. Erstmals verknüpfen wir Integrationsleistungen mit einer Verbesserung des Aufenthaltsstatus. Das ist ein wichtiger Paradigmenwechsel im Ausländerrecht. Wir haben transparente und nachvollziehbarere Grundlagen für den Kampf um die klugen Köpfe geschaffen.

An welche Berufsgruppen wenden Sie sich besonders?

Grindel: Die Blue Card richtet sich an Fachkräfte, die über einen höheren beruflichen Bildungsabschluss verfügen. Das wird in der Regel eine Ausbildung sein, die einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbar wäre. Klassische Berufe, bei denen wir auf ausländische Zuwanderer setzen, sind Elektroingenieure oder Maschinenbauer. In Ausnahmefällen kann die Bundesagentur für Arbeit aber auch besondere Berufsgruppen definieren, in denen bundesweit Mangel herrscht und bei denen ein Hochschulabschluss nicht zwingend erforderlich ist.

„Wir halten an der Vorrangprüfung fest“

Sollte man nicht in erster Linie auf Arbeitsuchende im Inland zurückgreifen, um den Fachkräftemangel abzubauen?

Grindel: Völlig richtig. Deshalb halten wir grundsätzlich an der Vorrangprüfung fest. Wenn es einen genauso qualifizierten einheimischen Arbeitslosen gibt, der für einen Arbeitsplatz in Frage kommt, hat er Vorrang vor einem ausländischen Zuwanderer. Außerdem bleibt die deutsche Wirtschaft gefordert, durch ein hohes Lehrstel-

lenangebot dafür zu sorgen, dass jeder in Deutschland lebende junge Mensch eine faire Chance auf einen Arbeitsplatz hat.

Sie sehen auch ein sechsmonatiges Visum für die Arbeitsplatzsuche vor. Befürchten Sie nicht, dass Sie damit auch Arbeitskräfte anziehen, die niemand braucht und die trotzdem nicht wieder gehen?

Grindel: Es ist geübte Praxis, dass schon heute ausländische Arbeitssuchende mit einem Touristenumvisum einreisen und sich dann nach einer Beschäftigungsmöglichkeit umschauen. Insofern macht es Sinn, mit einem speziellen Visum die Arbeitssuche besser zu kontrollieren. Außerdem muss unsere Botschaft prüfen, ob der Ausländer seinen Lebensunterhalt während des Aufenthalts selbst bestreiten kann. Dieses Visum können auch nur Hochschulabsolventen beantragen. Im Übrigen ist es eine Chance für mittelständische Unternehmen, die nicht wie große Konzerne über internationalen Personalaustausch an ausländische Hochqualifizierte herankommen können. Die Vorschrift entfällt nach drei Jahren. Sollte es zu Missbrauch kommen, läuft sie automatisch aus.

Willkommenskultur verbessern

Was müssen die Unternehmen selbst tun, um attraktiv zu werden für dringend benötigte ausländische Fachkräfte?

Grindel: Unsere Unternehmen müssen besser bezahlen. Sie dürfen insbesondere Hochschulabsolventen nicht mit Praktika oder kurzfristigen Zeitverträgen abspeisen, und sie müssen den Zuwanderern beim Spracherwerb helfen. Es muss einfach eine bessere Willkommenskultur geschaffen werden, wozu auch gehört, dass man sich um die Familie des hochqualifizierten Zuwanderers kümmert.

Jugendkriminalität besser bekämpfen

Warnschussarrest gibt jugendlichen Tätern Vorgeschmack auf Haftstrafen – Höhere Jugendstrafen in schweren Mordfällen möglich

Jugendkriminalität soll künftig wirksamer bekämpft werden. Der Bundestag beriet in dieser Woche in erster Lesung den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurf, der die Handlungsmöglichkeiten der Jugendgerichte erweitern soll. Wichtige Teile des Gesetzes sind die Einführung eines Warnschussarrests und höhere Jugendstrafen in besonders schweren Mordfällen.

Die Einführung des Warnschussarrests schließt eine Sanktionslücke im Jugendstrafrecht, von der insbesondere jugendliche Gewalttäter profitiert haben. Bisher gab es nur die Wahl zwischen Jugendarrest und Jugendstrafe

darauf, was sie im Gefängnis erwartet, wenn sie ihre kriminelle Karriere fortsetzen. Der Warnschussarrest macht ihnen unmissverständlich klar, dass sie ihr Verhalten ändern müssen, wenn sie den Strafvollzug vermeiden wollen. Der bei so manchem Jugendlichen entstandene Eindruck, mit einer Bewährungsstrafe noch einmal „davongekommen“ zu sein, kann folglich erst gar nicht entstehen. Somit trägt der Warnschussarrest auch dem Erziehungsgedanken Rechnung.

Der Arrest bietet noch weitere Vorteile. So kann er eine heilsame Trennung von einer Umgebung bewirken, die den Jugendlichen negativ beein-

Geringe Haftstrafen oft Quelle der Empörung

Als weitere wichtige Neuerung erhalten die Jugendgerichte die Möglichkeit, Heranwachsende wegen Mordes in besonders schwerwiegenden Fällen zu einer Jugendstrafe von bis zu fünfzehn Jahren zu verurteilen. Die neue Regelung betrifft 18- bis 20-jährige Straftäter, auf die wegen mangelnder Reife nicht das Erwachsenen-Strafrecht angewendet wird. Die bisherige Begrenzung der Jugendstrafe auf zehn Jahre ist bei schwersten Kapitalverbrechen in dieser Altersgruppe unzureichend. Sie hat in Fällen wie der brutalen und grausamen Ermordung eines Kindes auch immer wieder für Empörung in der Öffentlichkeit gesorgt. In Zukunft kann bei Mord gegen volljährige Täter eine Jugendstrafe verhängt werden, die der besonderen Schwere der Schuld angemessen ist.

Prävention ist nur ein Teil der Antwort

Die christlich-liberale Koalition beschreitet mit diesen Sanktionsmöglichkeiten neue Wege im Kampf gegen die Jugendkriminalität. Denn es besteht kein Grund, sich mit dem nach wie vor hohen Stand von Gewalttaten Jugendlicher abzufinden. Berichte von brutalen Übergriffen, zuletzt häufig in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen, werfen ein Schlaglicht auf das Ausmaß des Problems. Eine verantwortungsvolle Politik muss auf solche besorgniserregenden Entwicklungen reagieren. Den Opfern, aber auch der Gesellschaft, darf nicht der Eindruck vermittelt werden, der Staat kapituliere vor der Gewalt. Wirksame Kriminalprävention kann nur ein Teil der Antwort darauf sein. Aber auch das repressive Instrumentarium des Jugendstrafrechts muss den neuen Herausforderungen angepasst werden.



© Werner Schwelm - Fotolia.com

zur Bewährung. In Zukunft kann beides in sinnvoller Weise kombiniert werden. Neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe kann der Jugendrichter einen bis zu vierwöchigen Arrest anordnen, den der Jugendliche zu Beginn der Bewährungszeit, also innerhalb von drei Monaten nach der rechtskräftigen Anordnung, antreten muss. Jugendliche Straftäter bekommen so einen Vorgeschmack

flusst. Er kann dem jugendlichen Täter Zeit zum Nachdenken geben und eine intensive pädagogische Begleitung ermöglichen. Schließlich wird während des Arrests der erste Kontakt zum Bewährungshelfer hergestellt. Die Unionsfraktion geht davon aus, dass der Jugendarrest ein wichtiges Instrument im Kampf gegen jugendliche Gewaltkriminalität sein wird.

Nachtragshaushalt für dauerhaften Rettungsschirm

Beitrag zur Bewältigung der Euro-Schuldenkrise

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche den Nachtragshaushalt 2012 in erster Lesung beraten. Mit dem Nachtragshaushalt werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Deutschland bereits in diesem Jahr die ersten beiden Raten in Höhe von rund 8,7 Milliarden Euro in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) einzahlen kann.

Damit leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa. Der deutsche Anteil am permanenten Rettungsschirm beträgt insgesamt 22 Milliarden Euro an eingezahltem Ka-

pital und rund 168 Milliarden Euro an Garantien.

Schuldenbremse wird eingehalten

Der Nachtragshaushalt ist notwendig, weil die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone erst nach dem Abschluss der parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2012 entschieden haben, dass der ESM nicht wie ursprünglich geplant im Sommer 2013, sondern bereits im Juli diesen Jahres in Kraft treten soll. Außerdem sollen in diesem Jahr bereits zwei der insgesamt fünf geplanten jährlichen Tranchen eingezahlt werden.

Durch die vorgezogene Einzahlung von zwei Raten in den ESM wird sich die Neuverschuldung des Bundes in diesem Jahr von geplanten 26,1 Milliarden Euro auf 34,8 Milliarden Euro erhöhen. Im Nachtragshaushalt werden auch weitere bereits feststehende Belastungen (z.B. geringerer Bundesbankgewinn) und Entlastungen (z. B. niedrigere Zinsausgaben) nachvollzogen. Im Ergebnis gleichen sie sich aus.

Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse wird weiterhin strikt eingehalten. Die Einzahlung in den ESM stellt einen Beteiligungserwerb dar, der das strukturelle Defizit nicht erhöht.

Bekämpfung der Piraterie auch auf somalischem Küstenstreifen

Bundestag beriet in erster Lesung Ausweitung des Atalanta-Mandats

Der EU-Einsatz gegen die Piraten am Horn von Afrika soll auf das somalische Küstengebiet ausgedehnt werden. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung das erweiterte Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr an der Mission Atalanta. Bis zu einer Tiefe von 2.000 Metern sollen die Soldaten die Logistik der Piraten am Strand bekämpfen können – allerdings nur von der Luft aus und nicht am Boden. Dafür sollen

in erster Linie Hubschrauber der Marine eingesetzt werden.

Die EU-Mission existiert seit Dezember 2008. Sie soll nun in der erweiterten Form bis zum 31. Mai 2013 verlängert werden. Atalanta dient dem Schutz von humanitären Hilfslieferungen nach Somalia, der Gewährleistung der freien Seefahrt und der Bekämpfung der Piraterie auf diesem besonders wichtigen Seehandelsweg am Horn von Afrika. Weil sich Pira-

terie mehr und mehr zu einem lukrativen Geschäftsmodell entwickelt hat, sollen die Soldaten nun auch gegen logistische Einrichtungen der Piraten am Strand vorgehen können. Die Mandatsobergrenze liegt bei 1.400 Soldaten. Zur Zeit sind rund 340 Marine-Soldaten im Einsatz.

Breiter Rückhalt für Mission in der Bevölkerung

Kein anderer Auslandseinsatz der Bundeswehr findet einen so breiten Rückhalt in der Bevölkerung und bisher auch im Bundestag wie das deutsche Engagement in der EU-Mission Atalanta.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich daher für eine Verlängerung der deutschen Beteiligung an Atalanta ein. Mit ihrer angekündigten Enthaltung verweigern sich SPD und Grüne der außenpolitischen, humanitären und völkerrechtlichen Verantwortung Deutschlands.



Foto: Bundeswehr/dapd

Fortbestand des Klosters Mor Gabriel sichern

CDU/CSU und FDP bringen Antrag in den Bundestag ein

Das von Enteignung bedrohte Kloster Mor Gabriel in der Türkei kann weiterhin auf die Unterstützung der Koalitionsfraktionen zählen. In einem Antrag, den sie am Donnerstag in den Bundestag einbrachten, forderten CDU/CSU und FDP die Bundesregierung auf, sich gegenüber der türkischen Regierung dafür einzusetzen, dass diese die Existenzgrundlage des Klosters Mor Gabriel dauerhaft garantiert und der syrisch-orthodoxen Minderheit ihre verbrieften Rechte gewährt.

Das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel liegt im Südosten der Tür-

kei, nahe der syrischen Grenze. Es ist zu befürchten, dass das Kloster nach jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen enteignet und entwidmet wird. Damit würde eine seit mehr als 1.600 Jahren gepflegte liturgische und klösterliche Tradition in der Region zerstört.

Das Ende von Mor Gabriel würde auch den Fortbestand der Kultur der syrisch-orthodoxen Christen insgesamt gefährden. Immer wieder haben in den vergangenen Jahren Vertreter der Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die Probleme des Klosters aufmerksam ge-

macht und diese in Gesprächen mit der türkischen Regierung thematisiert. Trotzdem hat sich die Situation nicht substantiell verbessert.

Generell ist die Religionsfreiheit in der Türkei nach wie vor stark eingeschränkt. Der Umgang mit nicht-muslimischen Minderheiten, insbesondere der christlichen Minderheit, entspricht nicht den Standards der Europäischen Union. Der Antrag soll der türkischen Regierung signalisieren, dass der Erhalt von Mor Gabriel ein Gradmesser für den Umgang des türkischen Staates mit religiösen Minderheiten ist.

Fraktion unterwegs

Kardinal-Höffner-Kreis in Jerusalem und Bethlehem

Dialog mit Vertretern des Judentums und des Islams

Der Dialog der Religionen kann einen bedeutenden Beitrag dazu leisten, die Konflikte im Heiligen Land zu lösen. Insbesondere die christliche Minderheit in Israel und Palästina spielt eine wichtige Rolle als Brückenbauer. Dieses Fazit zog die Delegation des Kardinal-Höffner-Kreises unter der Leitung des Vorsitzenden, des Parlamentarischen Staatssekretärs Hermann Kues, und der Beauftragten der CDU/CSU-Fraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Maria Flachsbarth. Die Delegation hielt sich nach Ostern zu Gesprächen in Jerusalem und Bethlehem auf.

Kranzniederlegung in Yad Vashem

Höhepunkte der Reise waren interreligiöse Gespräche mit Rabbiner David Rosen über den Stand des jüdisch-christlichen Dialogs und mit Scheich Mohammed Azzam al-Khatib al-Tamini, dem Direktor der Waqf-Stiftung, zum christlich-muslimischen Verhältnis.

Bewegend war der Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und die Kranzniederlegung zu Ehren von Joseph Kardinal Höffner, der dort als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt wird. Damit erinnerte die Gruppe auch an das mutige Handeln vieler Christen, die sich der Unmenschlichkeit des Holocaust entgegengestellt haben.

Die Gruppe der 13 Parlamentarier der Fraktion, die vom Leiter des Kommissariats der deutschen Bischö-

fe, Prälat Karl Jüsten, begleitet wurde, machte sich auf der Reise auch ein umfassendes Bild der deutschen kirchlichen Einrichtungen, beispielsweise der Aktivitäten des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande. Untergebracht war die Gruppe im St. Charles Hospice, dem deutschen Hospiz in Jerusalem. Mit der Wahl der Unterkunft in einem christlichen Pilgerhaus wollte die Delegation ein Zeichen der Solidarität mit den Christen im Heiligen Land setzen.



Peter Weiß, Maria Flachsbarth und Hermann Kues bei der Kranzniederlegung in Yad Vashem

Foto: Björn Jansen

„Spanien ist Partner für eine Stabilitätskultur in Europa“

Kauder besucht neuen Ministerpräsidenten Rajoy – Reformprogramm als Ausweg aus der Schuldenkrise



Volker Kauder mit dem spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy
Foto: Deutsche Botschaft / Madrid

Spanien ist nach Einschätzung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder mit seinen Reformen zur Sanierung des Haushalts und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf einem richtigen Weg. Kauder reiste vor Ostern mit den Abgeordneten Marie-Luise Dött und Monika Grütters nach Madrid, um den neuen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy von der konservativen Volkspartei (Partido Popular) kennenzulernen. Er führte außerdem Gespräche mit Finanzminister Cristóbal Montoro, dem Fraktionsvorsitzenden der Partido Popular (PP), Alfonso Alonso Aranguí, und dem spanischen Parlamentspräsidenten Jesús Posada Moreno.

Mit dem Reformprogramm will Rajoy Spanien aus der Schuldenkrise führen. Im Anschluss an die Gespräche erklärte der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder: „In meinen Unterredungen habe ich einen hervorragenden Eindruck von der Entschlossenheit der Regierung bekommen, die Schuldenkrise zu bewältigen und die mit der EU vereinbarten Sparziele einzuhalten. Die Chancen, dass mit den Reformmaßnahmen das Wachstum angekurbelt wird, sind gut.“ Die erste Reaktion der Märkte habe ge-

zeigt, dass sie neues Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und den Handlungswillen Spaniens bekommen hätten. „Wir haben in Spanien einen Partner für eine Stabilitätskultur in Europa – das ist mir im Gespräch mit Ministerpräsident Rajoy deutlich geworden.“

Ohne Beispiel in Europa

Der spanische Parlamentspräsident Jesús Posada Moreno sagte, die Regierung wisse, dass sie der Bevölkerung viel abverlange, aber es gehe nun einmal nicht anders. Die Anerkennung und der Respekt gerade von deutscher Seite freue Spanien. Der Fraktionsvorsitzende der Partido Popular, Alonso, betonte ebenfalls, die Sparmaßnahmen seien hart für die Bevölkerung. Für ein solches Programm gebe es in Europa keinen Präzedenzfall. In hundert Tagen habe die neue konservative Regierung mehr Reformmaßnahmen eingeleitet als die sozialdemokratische Vorgängerregierung in sieben Jahren. Es sei wichtig, dass bei den Menschen die Botschaft ankomme: „Man kann auf Dauer nicht über seine Verhältnisse leben.“

Ermutung für Freunde

Kauder bekundete bei seinem Freundschaftsbesuch, dass Deutschland Spanien auf seinem Weg unterstütze und ermutige. Er könne aus Erfahrung berichten, dass es sich auszahle, wenn die notwendigen Reformen umgesetzt würden. In Deutschland zeige sich der Erfolg an sinkenden Arbeitslosenzahlen und stetigem Wachstum. Entscheidend sei es, den Menschen die teils einschneidenden Maßnahmen zu erklären und sie mit konkreten Hoffnungen auf Besserung zu verbinden. Spanien müsse auch in Europa mehr publik machen, was es bereits getan habe, riet der Unionsfraktionsvorsitzende. Kauder trat dem Eindruck entgegen, er sei von Bundeskanzlerin Angela Merkel als Kontrolleur geschickt worden. „Spanien tut das, was es als notwendig erkannt hat.“

In den ersten hundert Tagen seiner Amtszeit hat der spanische Premierminister Rajoy bereits eine Reihe von Reformen auf den Weg gebracht, um die ausufernde Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen und die Wirtschaft anzukurbeln. In der Woche vor dem Besuch Kauders hatte Rajoy neue scharfe Einschnitte in den Haushalt bekanntgegeben.



Deutsche Delegation mit Parlamentspräsident Posada
Foto: Claudia Kemmer

Rohstoffpolitik – „interessengeleitet und wertegebunden“

400 Gäste beim dritten Fraktionskongress zum Thema

Die Rohstoffversorgung rückt mehr und mehr in das Bewusstsein von Politik und Industrie. Angesichts der steigenden Nachfrage aufstrebender Länder wie China oder Indien muss eine sichere, preiswerte und nachhaltige Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen auch zukünftig gewährleistet werden. Diese Forderung äußerte der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder auf dem dritten Rohstoffkongress der Unionsfraktion. Der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Philipp Mißfelder, bezeichnete Rohstoffpolitik als interessengeleitet und wertegebundene Außenpolitik.

Mit der Gründung von Rohstoffpartnerschaften mit Kasachstan und der Mongolei hat die Bundesregierung ihren Willen zur politischen Unterstützung der deutschen Industrie bereits deutlich gemacht. Die deutsche Wirtschaft hat sich durch Gründung der Rohstoffallianz eine Plattform zur Rohstoffsicherung geschaffen.

G20 und WTO einbeziehen

Bundeskanzlerin Angela Merkel warb für Investitionen und Innovationen im Bereich der Rohstoffversorgung, durch die auch Arbeitsplätze geschaf-



© apfelweile - Fotolia.com

fen und erhalten würden. Allerdings sei dies nicht primär Aufgabe der Politik, sondern der Unternehmen, sagte Merkel. Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Rohstoffen

sprach sie sich für einen verstärkten Dialog im Rahmen der G20 und der Welthandelsorganisation (WTO) aus. Deutschland könne diesen Dialog über das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Botschaften oder die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) flankieren.

Der Vizepräsident der EU-Kommission, Antonio Tajani, beschrieb die Strategie der Europäischen Union im Rohstoffsektor. Kooperation sei entscheidend, um eine geopolitische Abhängigkeit Europas zu vermeiden, sagte er. Die Rohstoff-Strategie der EU-Kommission aus dem Jahre 2008 listet unter anderem 14 besonders wichtige Rohstoffe auf, die gerade für kleine und mittelständische Unternehmen überaus bedeutend sind und daher zugänglich bleiben müssen. Tajani forderte darüber hinaus eine Stärkung des EU-Binnenmarktes für den Rohstoffhandel, um Engpässe zu vermeiden.

Der erste stellvertretende kasachische Außenminister, Serik Akhmetov, betonte die enge und verlässliche Partnerschaft zwischen Deutschland und seiner Heimat. Sieben namhafte deutsche Unternehmen produzierten bereits in Kasachstan, berichtete er. Sein Land biete der deutschen Wirtschaft politische Unterstützung in Form von Investitionsförderung und dem Ausbau von Sonderwirtschaftszonen.

Potenzial für Effizienzsteigerung

In der ersten Diskussionsrunde über „wirtschaftliche Erfordernisse einer sicheren Rohstoffversorgung“, die der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer, moderierte, stimmten die Vertreter von Verbänden, Unternehmen und Politik überein, dass die Entwicklung im Bereich der Roh-



© Thomas Becker - Fotolia.com

stoffpolitik vielversprechend, aber zugleich ausbaufähig sei. So gebe es Potenzial für Effizienzsteigerung und Recycling, für mehr Umweltschutz und Preisstabilität. Mancher Rohstoff könne durch einen oder mehrere andere ersetzt werden. Auch müssten Forschung und Entwicklung stärker gefördert werden.

Die Teilnehmer der zweiten Diskussionsrunde mit dem Titel „Rohstoffpolitik als Mittel für Transformationsprozesse“ waren sich darin einig, dass eine umfassende Rohstoffaußenpolitik die Interessen der Exportländer berücksichtigen müsse. Europäische Standards könnten dabei nicht eins zu eins übertragen werden. Ein Engagement im Rohstoffsektor eines Entwicklungslandes müsse der lokalen Wirtschaft und Wertschöpfungskette zugutekommen, beispielsweise indem man Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort schaffe.

Der deutsche Rechtsstaat muss genauer hinsehen

Fraktionskongress diskutierte Paralleljustiz in muslimisch geprägten Milieus

In jüngster Zeit mehren sich Presseberichte über selbsternannte „Friedensrichter“, die insbesondere in muslimisch geprägten Einwanderervierteln deutscher Großstädte wirken. Diese „Streitschlichter“, häufig die Chefs großer arabischer Familienclans, treten bei heftigen Konflikten und Straftaten unter Muslimen auf den Plan. Ziel ihres Wirkens ist eine Beilegung der Konflikte nach eigenen, durch arabische Stammestraktionen



Günter Krings
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Foto: Steven Rösler

geprägte Regeln. Die Durchsetzung der „Schlichtersprüche“ beruht nicht selten auf Androhung von Gewalt oder anderen empfindlichen Sanktionen.

Wenn die deutschen Strafverfolgungsbehörden überhaupt Kenntnis von solchen Straftaten erlangen, so stoßen sie bei Opfern und Zeugen oftmals auf eine Mauer des Schweigens: Aussagen werden verweigert, unbekannte Dritte einer Beteiligung bezichtigt, Erzwingungsmaßnahmen ignoriert. Für eine Verurteilung nach der deutschen Strafprozessordnung fehlt es dann meist an verwertbaren Beweisen. Mutmaßliche Täter bleiben unbestraft.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diskutierte auf einem Kongress am

vergangenen Montag das Phänomen der islamischen Paralleljustiz in Deutschland und erörterte mögliche Schlussfolgerungen für Politik und Justiz. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Günter Krings begrüßte die etwa 200 Gäste und führte zur integrationspolitischen Dimension des Themas aus.

„Es muss ein Ruck durch die Justiz gehen“

Die Beiträge verschiedener Experten aus den Bereichen Justiz, Kriminalpolizei und Integrationspraxis machten deutlich, dass der deutsche Rechtsstaat bisher weitgehend blind für die Problematik der Paralleljustiz ist. Auch liegt dazu kaum Zahlenmaterial vor. Angesichts dessen lobte die rechtspolitische Sprecherin Andrea Voßhoff die Tatsache, dass im Bundesjustizministerium auf Betreiben der CDU/CSU-Fraktion demnächst erstmals eine Stelle zum Scharia-Recht eingerichtet wird.

Joachim Wagner, Journalist und Autor des Buches „Richter ohne Gesetz - Islamische Paralleljustiz gefährdet unseren Rechtsstaat“, präsentierte die Ergebnisse seiner intensiven Recherchen. Er wies darauf hin, dass die deutsche Justiz noch keine Mittel gefunden habe, sich gegen die Praktiken der Zwangsschlichter zu wappnen.

Ute Granold, Mitglied des Rechtsausschusses, lenkte das Augenmerk auf die Scharia, die den Werten und Regeln unserer Rechtsordnung in vielerlei Hinsicht diametral entgegensteht. Die in der Türkei geborene Rechtsanwältin und Publizistin Seyran Ateş regte an, darüber nachzudenken, ob etwa Eheschließungen nach islamischen Regeln im interna-

tionalen Privatrecht weiterhin anerkannt werden sollten. Sie fügte hinzu, dass „Schlichtungen“ im Bereich familienrechtlicher Konflikte meist zulasten von Frauen und ihrer Rechte gingen.

Der Berliner Justizsenator Thomas Heilmann vertrat die Auffassung, dass schon der Begriff des „Friedensrichters“ vollständig irreführend sei. Denn diese Personen verkörperten weder Organe der Rechtspflege, noch habe ihre Tätigkeit eine für die Gesellschaft friedensstiftende Wirkung.

Konsequenzen wurden insbesondere für den Bereich der Straffjustiz gefordert. Die bayerische Staatsministerin Beate Merk sah die Notwendigkeit, Richter und Staatsanwälte stärker dafür zu sensibilisieren, dass Zeugen und Opfer unter Eindruck einer Zwangsschlichtung stehen können. Joachim Wagner stimmte zu: „Es muss ein Ruck durch die deutsche Justiz gehen.“



Andrea Voßhoff
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Recht
Foto: Steven Rösler

Der CDU/CSU-Berichterstatte im Rechtsausschuss, Patrick Sensburg, wies darauf hin, dass regelmäßig der Straftatbestand der Strafvereitelung erfüllt sei, wenn Zeugen beeinflusst und Strafverfolgungsorgane behindert werden. Hier müsse dann von den deutschen Behörden konsequenter ermittelt werden als bisher. Eine Zusammenarbeit mit Zwangsschlichtern lehnte er ab.

Arbeitskosten in Deutschland höher als im EU-Durchschnitt

Lohnnebenkosten niedriger

Wiesbaden – Private Arbeitgeber in Deutschland bezahlten im Jahr 2011 durchschnittlich 30,10 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag das Arbeitskostenniveau in Deutschland damit innerhalb der Europäischen Union auf Rang sieben. Arbeitgeber in der deutschen Privatwirtschaft zahlten 32 Prozent mehr für eine Stunde Arbeit als im Durchschnitt der EU, aber 12,0 Prozent weniger als zum Beispiel im Nachbarland Frankreich. Belgien hatte mit 39,30 Euro die höchsten, Bulgarien mit 3,50 Euro die niedrigsten Arbeitskosten je geleistete Stunde.

Im verarbeitenden Gewerbe, das besonders im internationalen Wettbewerb steht, kostete eine Arbeitsstunde in Deutschland 2011 durchschnittlich 34,30 Euro. Hier lag Deutschland im EU-weiten Vergleich auf Rang fünf. Eine Stunde Arbeit in der deutschen Industrie war 48 Prozent teurer als im EU-Durchschnitt, aber 4,0 Prozent billiger als in Frankreich.

Über einen längeren Zeitraum betrachtet nimmt Deutschland bei der Entwicklung der Arbeitskosten in der Privatwirtschaft eine Sonderstellung ein: Zwischen 2001 und 2011 hatte Deutschland mit 19,4 Prozent den mit Abstand geringsten Anstieg der Arbeitskosten aller Mitgliedstaaten der EU. Zum Vergleich: In Frankreich sind die Arbeitskosten in diesem Zeitraum mit 39,2 Prozent mehr als doppelt so stark gestiegen.

Arbeitskosten setzen sich aus den Bruttoverdiensten und den Lohnnebenkosten zusammen. Betrachtet



Boxenstops in Bahrain

Zeichnung: Sakurai

Termine (veranstaltungen.cducusu.de)

7. Mai 2012

Kongress Konzepte für die Arbeitswelt von morgen

9. Mai 2012

Transatlantik-Kongress

11. Juni 2012

Tourismus-Kongress

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

man das Verhältnis der Lohnnebenkosten zu den Bruttoverdiensten ist es möglich, die Lohnnebenkosten unabhängig vom Verdienstniveau der einzelnen Mitgliedstaaten zu vergleichen. Im Jahr 2011 zahlten die Arbeitgeber in Deutschland in der Privatwirtschaft auf 100 Euro Bruttoverdienst zusätzlich 28 Euro Lohnnebenkosten. Damit lag Deutschland unter dem EU-Durchschnitt von 32 Euro und nahm mit Rang 16 einen Mittelplatz innerhalb der Europäischen Union ein.

Neue Broschüre zur Arbeitsmarktpolitik

Die CDU/CSU-Fraktion hat im März einen Kongress mit dem Titel „Der Arbeitsmarkt im Umschwung – Mehr Arbeitsplätze, schlechtere Jobs?“ veranstaltet. Dabei ging es darum, wie die Arbeitswelt menschenwürdig gestaltet werden kann. Die Debattenbeiträge der Teilnehmer wurden jetzt in einer Broschüre zusammengefasst. Sie beleuchtet die Perspektiven von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, von Politikern, Unternehmern und Wissenschaftlern.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de

Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt